

"Bulgarien kämpft um EU-Beitritt" in Handelsblatt (12. Mai 2006)

Quelle: Handelsblatt. 12.05.2006. [s.l.].

Urheberrecht: (c) 2007 Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"bulgarien_kampft_um_eu_beitritt"_in_handelsblatt_12_mai_2006-de-fad48551-aff9-44f0-8f95-7912d6058a53.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Bulgarien kämpft um EU-Beitritt

Eric Bonsei

Wenige Tage vor der Entscheidung der EU-Kommission zu den Beitrittsbedingungen für Bulgarien und Rumänien wächst in der bulgarischen Regierung die Nervosität. Premier Sergei Stanishev wies Berichte über eine bevorstehende Regierungsumbildung zurück. Gleichzeitig warnte Stanishev davor, den für den 1. Januar 2007 geplanten EU-Beitritt des Landes zu verschieben. Dies führte zu einer enormen Enttäuschung und entmutigte die Reformer, sagte er im Gespräch mit deutschen Journalisten in Sofia.

Die EU-Kommission will am Dienstag entscheiden, ob die Reformfortschritte ausreichen oder ob der Beitritt auf 2008 verschoben werden muss. Bulgarien gilt im Gegensatz zu Rumänien als Nachzügler bei den Beitrittsvorbereitungen. Vor allem im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen gibt es großen Nachholbedarf. In Sofia wird deshalb spekuliert, ob Innenminister Rumen Petkov im Falle eines negativen Kommissionsberichts den Hut nehmen muss. Das wies Premier Stanishev zurück: „Wir müssen weitermachen, eine Kabinettsumbildung steht nicht auf der Tagesordnung.“

Auch Petkov versucht, den Druck auf die Regierung und seine Person abzuwehren. Bei Korruption verfolge die Regierung eine harte Linie „ohne Toleranz“, sagte er. So habe das Innenministerium 40 Beamte wegen Korruptionsverdacht entlassen, gegen 36 ermittle die Staatsanwaltschaft. Auch im Kampf gegen das organisierte Verbrechen gebe es „keine offenen Fragen“ mehr. Im vergangenen Jahr seien drei Banden zerschlagen worden, die mit Prostitution und Menschenhandel Geschäfte machten - angeblich vor allem im Ausland.

Petkov räumte ein, dass die Regierung das Problem der Auftragsmorde immer noch nicht im Griff hat. Die Mordfälle seien zwar rückläufig, es handele sich aber um ein „sehr schwieriges Problem“. Indirekt gab er zu, dass es ihm nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen Fall aufzuklären. In den vergangenen Jahren hatte eine Serie von mehr als 150 Auftragsmorden das Land erschüttert. Petkov war zudem in die Schusslinie geraten, weil er einen kritischen Bericht des deutschen EU-Experten Klaus Jansen über die Sicherheitsdienste scharf zurückgewiesen hatte.

Allerdings könnte sich nicht nur das rückständige Polizei- und Justizsystem als Stolperstein auf dem Weg nach Europa erweisen. Bulgarien hat es zudem ähnlich wie Rumänien versäumt, geeignete Strukturen zur Aufnahme von EU-Mitteln aus dem Agrarbudget und aus den Strukturfonds aufzubauen. In Brüssel wird deshalb darüber nachgedacht, die Hilfen zurückzuhalten. Dies sei eine Möglichkeit, falls die beiden Staaten im kommenden Jahr in die Gemeinschaft aufgenommen werden, ihre Standards aber noch nicht ausreichen, zitiert die Nachrichtenagentur Reuters aus einem Kommissionspapier.

Für Bulgarien wäre dies ein besonders harter Schlag, da sich die Hilfen aus Brüssel nach Schätzungen von Experten auf bis zu sieben Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes belaufen würden - mehr hat die EU noch keinem Neumitglied versprochen. Schon jetzt pumpt die EU Millionenbeträge an Vorbeitrittshilfen in das Land. Im vergangenen Jahr waren es 315 Mill. Euro, dieses Jahr könnten es bis zu 450 Mill. sein. Die „Absorption“ der Hilfen könnte sich zum Problem entwickeln, warnt der Chef des EU-Kommissionsbüros in Sofia, Georgi Parvanov. Der Fortschrittsbericht der Kommission werde wohl immer noch einige Mängel offen legen, fügt er hinzu.

In der Regierung hat man den Ernst der Lage erkannt. Premier Stanishev stellt sich bereits auf die Anwendung von EU-Schutzklauseln ein, die die Zusammenarbeit in kritischen Punkten einschränken können. „Das ist eine Option“, sagte er. Stanishev rechnet offenbar auch damit, dass Brüssel weitere Reformen bis zum Herbst verlangt, wenn die Kommission ihren nächsten Fortschrittsbericht vorlegen will. „Man sollte uns genug Zeit geben“, fordert der liberal gesinnte Sozialist.

Nur eins kann sich Stanishev nicht vorstellen: dass die EU am vereinbarten Beitrittstermin 2007 rüttelt. Denn dann käme seine fragile Drei-Parteien-Koalition ins Wanken, und die derzeit noch schwachen Europa-Gegner in Bulgarien erhielten Auftrieb. Eine Verschiebung auf das Jahr 2008 wäre ein „politischer Fehler“,

warnt der Premierminister - es klingt fast wie ein Hilferuf.